

Intelligenz-Blatt

zur Laibacher Zeitung.

Nr. 105.

Donnerstag den 1. September

1846.

Aemtlliche Verlautbarungen.

3. 1334. (3) ad Nr. 158.

K u n d m a c h u n g

über Fourage = Lieferung.

Von dem k. k. Karster Hofgestütamte wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der für das k. k. Karster Hofgestüt zu Lippiza und Prästraneg im Verwaltungsjahre 1847 erforderliche Haferbedarf von beiläufig 13000 Meßen im Wege der öffentlichen Concurrenz, jedoch mit Beseitigung der Vicitation, unter nachstehenden Bedingungen werde beigebracht werden, und zwar: 1) Muß der Hafer vollkommen trocken, nicht geneßt oder genäßet, vom Staube rein, dickkörnig und mit keinen anderen Früchten vermengt, nicht dumpfig, ohne widerlichen Geruch und jeder nied. österr. gestrichene Meßen im Netto = Gewichte wenigstens 50 Pfund schwer seyn. — 2) Hat die Einlieferung in der eben bezeichneten Qualität in folgenden Terminen zu geschehen, als:

N a c h L i p p i z a:

im Monate	November	1846	1000	Meßen,
"	December	"	1000	"
"	Januar	1847	1000	"
"	März	"	1000	"
"	April	"	2800	"

N a c h P r ä s t r a n e g:

im Monate	November	1846	1000	Meßen,
"	December	"	1000	"
"	Januar	1847	1000	"
"	März	"	1000	"
"	April	"	2200	"

3) Hat der Lieferungsübernehmer das betreffende Quantum bis auf Ort und Stelle für eigene Rechnung zu überführen, und wird nur jene Quantität als abgeliefert betrachtet, welche dem k. k. Hofgestütamte qualitätsmäßig zugemessen wird. — 4) Wird am 14. September 1846 beim k. k. Kreisamte zu Adelsberg um die 10. Vormittagsstunde über vorstehende Quantitäten die geeignete Verhandlung vorgenommen werden, zu welcher jeder Lieferungs Lustige seinen Preis = anbot auf ganze einzelne, genau zu bezeichnende Parthien, oder auf das ganze Quantum schriftlich

und versiegelt, entweder am 12. oder 13. September d. J., oder längstens am Tage der Verhandlung zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags zu überreichen, und zugleich zur Sicherstellung des k. k. Hofgestütamtes eine aus dem Preisangebote und aus dem zu erstehen beabsichtigten Quantum mit 10% entfallende Caution entweder in Barem, oder in k. k. Staatsschuldverschreibungen, nach dem lezt bekannten Wiener Börse = Course, oder mittelst Hypothekar = Instrumenten, gegen ämtliche Bestätigung um so gewisser beizuschließen hat, als später, nämlich am 14. September 1846, nach dem Schlage der 10. Vormittagsstunde eingereicht werdende Preisangebote, oder solche, welche nicht mit der vorgeschriebenen Caution versehen sind, ganz unberücksichtigt werden zurückgestellt werden. — 5) Nach beendeter Concurrenz = Verhandlung werden jenen Lieferungs Lustigen, deren Angebote nicht annehmbar befunden werden, die eingelegten Cautionen sogleich zurückgestellt, von denjenigen hingegen, welche die Mindestbieter einzelner Parthien, oder des ganzen Quantum verbleiben, zurückbehalten werden. — Die Bestimmung dieser Caution soll darin bestehen, daß das k. k. Hofgestütamt, im Falle der Lieferungsübernehmer zu gehöriger Zeit die erstandene Quantität in der festgesetzten Qualität einzuliefern unterlassen sollte, in den Stand gesetzt werde, die abgängige Quantität auf Kosten und Gefahr des Lieferungsübernehmers herbeizuschaffen, und hat Letzterer im erforderlichen Falle das k. k. Hofgestütamt auch mit seinem anderweiten, wie immer Namen habenden Vermögen schadlos zu halten. 6) Sollte der Lieferungsübernehmer die baldmöglichste Überkommung seiner eingelegten Caution beabsichtigen, so wird demselben gestattet, statt der Caution von dem übernommenen Haferquantum 19% in Natura gegen Empfangsbestätigung einzuliefern, welches 10percentige Quantum, oder die Caution, so lange von dem k. k. Hofgestütamte aufbewahrt wird, bis die betreffenden Haferparthien vollkommen eingeliefert sind. — 7) Der Mindestbieter einer oder mehrerer Parthien oder des ganzen Quantum wird zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit sogleich bei Über-

gabe seines schriftlichen und versiegelten Offertes verpflichtet, das k. k. Hofgestütamt hingegen erst nach erfolgter hoher Ratification von Seite des hochlöblichen k. k. Oberstallmeisteramtes. — Wird die Ratification verweigert, so wird auch der Mindestbieter unter Rückstellung der eingelegten Cautio seiner Verpflichtung entbunden. — 8) Die Einlieferung einer übernommenen Haferparthie kann binnen des bezeichneten Termines auf einmal ganz, oder theilweise geschehen, und verspricht das k. k. Hofgestütamt die bare Bezahlung jedesmal nach Maß der erfolgten ganzen oder theilweisen Einlieferung dergestalt zu leisten, daß der Lieferungsübernehmer mit Zuversicht darauf rechnen kann, vom 1. November 1846 angefangen, sogleich für jede eingelieferte Quantität sein Geld gegen classenmäßig gestämpelte Quittung zu erhalten. — 9) Das 10% Haferquantum, welches ein Lieferungsübernehmer als Cautio eingeliefert haben sollte, wird erst nach erfolgter gänzlicher Einlieferung der zu liefern übernommenen Parthien bezahlt werden. — 10) Im Falle, als zwischen dem Lieferanten und dem k. k. Hofgestütamte in Betreff der Qualität ein Zweifel entstehen sollte, haben sich beide Theile dem Ausspruche der dem Ablieferungsorte nächsten k. k. Bezirksamt, nämlich für Lippizza jener zu Sessana, und für Prästraneg der zu Adelsberg, welcher in diesem Falle der schriftliche Contract zur Einsicht mitzutheilen kommt, zu unterziehen. — 11) Endlich wird der Übernehmer einer oder mehrerer Haferparthien den classenmäßigen Stempel zu einem Contracts-Exemplare beizubringen haben. — 12) Sollte ein oder der andere Lieferungsflüchtige vor der Concurrenz-Verhandlung nähere Aufklärungen über vorstehende Bedingungen einholen wollen, so hätte sich derselbe mündlich oder schriftlich, im letzteren Falle aber mittelst frankirter Briefe, an das k. k. Karster Hofgestütamt zu Lippizza zu wenden. — Lippizza am 22. August 1846.

Vermischte Verlautbarungen.

3. 1337. (3) Nr. 1042.

E d i c t.

Von dem k. k. Verwaltungsamte Landstraß wird hiemit allgemein kund gemacht, daß zu Folge löblicher k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltungs-Verordnung vom 4. d. M., 3. 8646, am 4. September 1846 früh von 8 bis 12 Uhr in dieser Amtskanzlei die neuerliche zweite Verpachtung der zur k. k. Religionsfondsherrschaft Landstraß gehörigen Fischerei-

Gerechtsame in dem Gurkflusse und in den Bächen Oberch, Studena und Ratschna, auf die Dauer von sechs Jahren, d. i. vom 1. November 1846 bis hin 1852, Statt finden werde, wozu die Pachtlustigen hiemit eingeladen werden.

K. k. Verwaltungsamt Landstraß am 11. August 1846.

3. 1336. (3) Nr. 2054.

E d i c t.

Von dem gefertigten Bezirksgerichte wird allgemein kund gemacht: Es sey auf Ansuchen der Mariana Häring von Reinsitz, in die executive Feilbietung der, dem Joseph Draschem von Niederdorf Haus Nr. 66 eigenthümlichen, der Herrschaft Reinsitz sub Urb. Fol. 389 dienstbaren, und gerichtlich auf 819 fl. geschätzten $\frac{1}{4}$ Hube sammt Zugehör, wegen der Erstern schuldigen 29 fl. c. s. c. gewilliget, und zu deren Vornahme drei Tagsatzungen, nämlich auf den 26. September, 28. October und 28. November l. J., jedesmal Vormittag um 9 Uhr in loco der Realität mit dem Beisatze angeordnet worden, daß diese Realität nur bei der 3. Tagsatzung auch unter dem Schätzungswerthe hintangegeben werden wird.

Der Grundbucheextract, das Schätzungsprotocoll und die Licitationsbedingungen können täglich hieramts eingesehen werden.

K. k. Bezirksgericht Reinsitz den 8. August 1846.

3. 1339. (3) Nr. 1221.

E d i c t.

Alle Jene, welche auf den Verlaß des am 30. Juli l. J. verstorbenen Martin Krenz, gewesenen Realitätenbesizers und Obergerichters zu Auenthal, aus was immer für einem Rechtsgrunde einen Anspruch machen zu können vermeinen, werden aufgefordert, ihre dießfälligen Ansprüche bei der hiezu auf den 26. September l. J. Vormittags 9 Uhr vor diesem Gerichte angeordneten Tagsatzung so gewiß anzumelden, als sie sich widrigens die im §. 814 b. G. B. vorgesehenen Folgen selbst beizumessen hätten.

K. k. Bezirksgericht Nassensuß am 1. August 1846.

3. 1319. (3) Nr. 1802.

E d i c t.

Von dem gefertigten k. k. Bezirksgerichte wird hiemit bekannt gemacht: Es sey in der Executionssache des Primus Novak von Oberfeld, durch den Bevollmächtigten Anton Bodischar, wider Matthäus Termann von Radomitz, wegen, aus dem w. ä. Vergleich ddo. 21. Jänner 1845, 3. 9, schuldigen 411 fl. 40 kr. c. s. c., in die öffentliche Feilbietung des, dem Letzteren gehörigen, der Herrschaft Kreuz sub Urb. Nr. 560, R. Nr. 418 dienstbaren Ackers u Bregú sammt An- und Zugehör, und insbesondere des darauf erbauten Wohnhauses und der übrigen Wirthschaftsgebäude sammt der Kasse, alles im Schätzungswerthe pr. 903 fl. 45 kr. gewilliget und es

seyen zur Vornahme die Termine auf den 14. September, 14. October und 14. November d. J., jedesmal Vormittags 9 Uhr in loco der Realität mit dem Beisatze bestimmt worden, daß dabei die Realität nur bei der dritten Feilbietung unter dem gerichtlich erhobenen Schätzungswerthe hintangegeben werden wird.

Der Grundbuchsextract, das Schätzungsprotocoll und die Bedingungen können am Tage der Licitation und täglich hieramts eingesehen werden.

K. K. Bezirksgericht Egg und Kreutberg am 1. Juli 1846.

3. 1320. (3) Nr. 1948.

E b i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Egg und Kreutberg wird hiemit bekannt gemacht: Es sey in der Executionssache des Urban Deller von Slatenk, als Cessionär des Andreas Lipoushek, wider Anton Provath von dort, wegen, aus dem gerichtlichen Vergleich ddo. 16. December 1841, 3. 2030, schuldigen 150 fl. und Zinsen, in die öffentliche Feilbietung der, dem Executen gehörigen, der mit der löbl. Herrschaft Egg ob Podpetch incorporirten Gilt Glogoviz sub Urb. Nr. 38 u. Rectif. Nr. 26 dienstbaren, zu Slatenk gelegenen halben Kaufrechtshube gewilliget, und es sey zu deren Vornahme die Termine auf den 14. September, 14. October und 14. November d. J., jedesmal um 9 Uhr Vormittags in loco der Realität mit dem Beisatze anberaumt worden, daß dabei dieselbe nur bei der dritten Feilbietung unter dem gerichtlich erhobenen Schätzungswerthe pr. 972 fl. 35 fr. hintangegeben werden wird.

Der Grundbuchsextract, das Schätzungsprotocoll und die Licitationsbedingungen können täglich hieramts eingesehen werden.

K. K. Bezirksgericht Egg am 15. Juli 1846.

3. 1322. (3) Nr. 1763.

E b i c t.

Von dem gefertigten k. k. Bezirksgerichte wird hiemit der unbekannt wo befindlichen Helena Börer, gebornen Zapuder, ferner den Joseph, Maria Anna und Helena Börer und ihren gleichfalls unbekannten Erben mittelst des gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht: Es habe wider sie Mathias Börer von Unterkofsch eine Klage auf Verjähr- und Erlöschenklärung der Ansprüche aus dem Heirathscontracte ddo. 30. December 1789, und rüchlich aus dem Verzichtbrieft ddo. 18. Jänner 1792, und deren Lös- schung von der, dem Grundbuche der Herrschaft Kreuz und Oberstein sub Urb. Nr. 722 und 540 dienstbaren 5 1/2 Hube angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagsatzung auf den 13. November d. J., Vormittags 9 Uhr vor diesem Gerichte anberaumt worden ist.

Das Gericht, dem der Ort ihres Aufenthaltes unbekannt ist, und da sie vielleicht aus den k. k. Erb- landen abwesend seyn könnten, hat auf ihre Gefahr und Kosten den Gregor Tglitsch von Prevoje zu ihrem Curator aufgestellt, mit welchem diese Rechtsache nach der hier bestehenden allgemeinen G. D. ausge- führt und entschieden werden wird.

Dieselben werden dessen zu dem Ende erinnert, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder dem aufgestellten Curator ihre Behelfe auszu- folgen, oder auch einen andern Vertreter zu bestel- len und diesem Gerichte namhaft zu machen, und überhaupt in die geeigneten Wege einzuschreiten wissen mögen, die sie zur Verwahrung ihrer Rechte diensam erachten, da sie sich die aus ihrer Verabsäumung ent- stehenden Folgen selbst zuzuschreiben haben werden.

K. K. Bezirksgericht Egg am 6. Juli 1846.

3. 1321. (3) Nr. 2108.

E b i c t.

Von dem gefertigten k. k. Bezirksgerichte wird dem Andreas Plachutnig junior, vormalz zu Lokah, gegenwärtig unbekannten Aufenthaltes, mittelst gegen- wärtigen Edictes erinnert: Es habe wider ihn Ma- ria Grill von Kerschdorf, als Mutter, und Joseph Schurbi, als Vormund des von der ersten gebor- nen unehelichen Kindes, Matthäus Grill, schon am 16. März d. J. sub. Nr. 825, die Klage auf Aner- kennung der Vaterschaft des erwähnten, am 5. September 1845 gebornen Knaben, sofort auf Lei- stung der Verpflegskosten, und auf den Ersatz der Wochenbettskosten c. s. c. angebracht, worüber im Wege der Reassumirung mittelst Bescheides ddo. ho- dierno Nr. 2108, der 13. November d. J. Vormit- tag 9 Uhr vor diesem Gerichte anberaumt worden ist.

Da nun laut Relation des Gerichtsdieners do- präs. 7. Mai 1846, Nr. 1262, dem Beklagten die Klage nicht zugestellt werden konnte, und derselbe sich unbekannt wohin von seinem Domicile von Lo- kah entfernt haben soll, und da er vielleicht aus den k. k. Erblanden abwesend seyn könnte, so hat das Gericht auf seine Gefahr und Kosten ihm seinen Va- ter Andreas Plachutnig senior zum Curator aufge- stellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der allg. G. D. entschieden werden wird. Derselbe wird dessen zu dem Ende erinnert, daß er entweder zu rechter Zeit selbst erscheine, oder seine Behelfe dem Curator behändige, oder einen andern Sachwalter bestelle, und überhaupt in die ordentlichen Wege ein- schreite, widrigens er die aus der Verabsäumung entstehenden Folgen sich selbst zuzuschreiben haben wird.

K. K. Bezirksgericht Egg und Kreutberg am 28. Juli 1846.

3. 1344. (3)

B e r i c h t i g u n g.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Oberlaibach wird hiemit der Schreibverstoß im hieramtlichen Edicte vom 2. Mai l. J., Nr. 937, womit die in der Executionssache des Mathias Wolfinger von Planina, wegen schuldiger 453 fl. 42 fr. c. s. c. vom Bezirksgerichte Haasberg bewilligte zweite Feil- bietung der, dem Andreas Schupin von Loitsch ge- hörigen, der Herrschaft Loitsch sub Rectif. Nr. 308 zinsbaren, auf 1518 fl. 50 fr. geschätzten Drittelhu- be zu Oberlaibach, über die am 12. August l. J. fruchtlos abgehaltene erste Licitation ausgeschrieben worden ist, dahin berichtigt, daß nur ein Badium von 151 fl. 33 fr. gefordert werde. — Oberlaibach am 22. August 1846.

Sundmachung.

Laut Anzeigen, welche so eben von Würzzuschlag eingelangt sind, ist daselbst eine Strecke der k. k. Staats-Eisenbahn durch Hochwässer beschädiget und hiedurch die regelmäßige Communication gestört worden.

Zur Wiederherstellung der unterbrochenen Verbindung werden die geeigneten Einleitungen getroffen.

Indessen wird für die Beförderung der Reisenden längs der beschädigten Bahnstrecke, sowohl durch die k. k. Poststationen als auch durch Privat-Gelegenheiten nach Thunlichkeit gesorgt.

Wien den 25. August 1846.

Von der Direction
der k. k. priv.

Wien-Viennener-Eisenbahn.

Bei Georg Lercher,

so wie in allen übrigen Buchhandlungen in Laibach, ist zu haben:

Die Grund- und die Gebäudesteuer, nach dem stabilen Kataster,

so wie

die Erwerbsteuer

in ihren gesetzlichen Vorschriften und das praktische Verfahren in Steuersachen.

Dargestellt von Franz Josef Schopf,

Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften.

gr. 8. Graz 1846, broschirt 2 fl. 40 kr. C. M.

Das für Einbringung der landesfürstlichen Steuern bestehende gesetzliche Verfahren bildet den wichtigsten Theil der öffentlichen Verwaltung, und doch haben wir bis jetzt ein Handbuch vermisst, welches uns den Wirkungskreis der Steuer-Bezirks-Obrigkeiten anschaulich darstellt. Der Herr Verfasser als Theoretiker und practischer Geschäftsmann allgemein bekannt, hat diesem Bedürfnisse durch das hier fragliche Werk abgeholfen. Dasselbe enthält die Grund- und Gebäudesteuer, wie diese gegenwärtig nach dem stabilen Kataster in den Provinzen Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Illirien schon in Wirksamkeit ist, so wie die Erwerbsteuer, wie solche in allen Ländern besteht. Es finden sich in die Steuerbehörden aller Provinzen Belehrung, und selbst in Beziehung auf Grund- und Gebäudesteuer jene in den böhmischen auch galizischen Ländern schon ein Bild der künftigen nach geendeten stabilen Kataster in das Leben tretenden Steuer-Verfassung, die das Besteuerungsprinzip, so wie das Perzeptionsverfahren überall dasselbe bleibt, und nur in der Art der Abfuhr an die ständischen oder landesfürstlichen Kassen Abweichungen Statt finden.

Das beigelegte Verzeichniß zeigt den reichen Inhalt dieses Werkes, und es ist ein wichtiges Hülfsbuch, welches den Steuerbeamten in den Stand setzt, sich nicht nur hieraus zur Prüfung vorzubereiten, sondern auch jeden Zweifel zu lösen.

Inhalt dieses Werkes:

Einteilung. — Die Behörden und deren Wirkungskreis in Steuersachen. — Die k. k. Hofkanzlei. — Das k. k. Subernium. — Das Verordnete Ständische Collegium. — Die Kreisämter. — Die Steuerbezirksobrigkeiten. — Die Bestellung tauglicher Steuer-Einnehmer. — Anzeige an das Kreisamt und Bewirkung der Bestätigung. — Die zweckmäßige Verwahrung der Steuergelder. — Pfandung der Bezirksobrigkeiten. — Anspruch auf Entschädigung für die Steueramtsverwaltung. — Die landesfürstlichen Steuern. — Die Grundsteuer in ihrer gegenwärtigen Verfassung (das stabile Kataster). — Objekte der Besteuerung. — Steuerbefreiung. — Das Grundbesitzthum als das Merkmal der Steuerpflichtigkeit. — Grundlage der Besteuerung. — Verpflichtung des faktischen Besitzers zur Bezahlung der Steuer. — Veränderung im Steuerobjekte. — Veränderungen durch Zuwachs. — Zeitliche Steuerbefreiung. — Die Kompetenz der Behörden in Steuersachen. — Die Zwangsmaßregeln gegen die faumseligen Kontribuenten. — Nichtanwendung der Verjährung bei Steuerrückständen. — Das den landesf. Steuern zukommende Hypothekrecht. — Das gesetzliche Pfand- und Vorzugsrecht der dreijährigen Steuerrückstände. — Zeitweiser Steuernachlaß. — Aufzinsung der Steuerzahlung. — Das stabile Kataster und dessen Evidenzhaltung. — Das Hauptbuch (Katastratbuch, Grundkataster). — Die Behefte, worauf sich das Hauptbuch gründet. — Vorarbeiten zur Vorbereitung der Einträge in das Hauptbuch. — Ausfertigung des Hauptbuches. — Die den Grundbesitzern gebührenden Ausweise. — Der Grundbesitzbogen. — Karte. — Evidenzhaltung des stabilen Katasters. — Verfahren bei Veränderungen in der Person der Eigenthümer. — Verfahren bei Veränderungen im Steuerobjekte. — Verfahren im Falle der Kultivirung früher unbenußter Grundflächen. — Aufnahme der Bereidungen in das Hauptbuch des Besitzstandes. — Kontrolle und Veränderungsausweise. — Die Einhebung, Abfuhr und Verrechnung der Steuern. — Die Führung der Verrechnungsbücher. — Die Repartition der Steuern. — Die Einhebung der Steuern. — Die Verwahrung der Steuergelder. — Die Abfuhr der Steuern. — Art der Abfuhr. — Führung und Ueberreichung der Kassenstandsausweise (Einzahlungs-Ausweise). — Nachweisung der geschuldeten Abfuhr beim Kreisamte. — Dominien-Rückstandsausweis. — Rechnungsabschluß. — Verfahren im Falle eines Steuernachlasses. — Erhebung der Elementarunfälle. — Die Abschreibung und Verrechnung des Steuernachlasses. — Das Verfahren im Falle von Steuer-Rückständen. — Die zur Einbringung der Steuer-Rückstände anzuwendenden Zwangsmaßregeln. — Die Zwangsmaßregeln gegen Grundbesitzer überhaupt. — Die Militär-Exekution. — Die Pfändung. — Die Abfuhr. — Die Zwangsmaßregeln gegen die Grundherren (Güldenbesitzer). — Die Militär-Exekution. — Die Sequestration. — Behandlung der Steuerrückstände im Konkurs mit Gläubigern. — Regreß gegen die Person der Steuerrückständner. — Die Rückstände der neuern Steuerperiode. — Gestattung der Zahlungsfristen. — Evidenzhaltung der Rückstände. — Die alten Steuerrückstände und deren Behandlung. — Das Verfahren bei einem Einschreiten um Aufzinsung. — Verfahren bei dem Einschreiten um Nachsicht aus dem Titel der Zahlungsunvermögenheit. — Das Verfahren bei dem Einschreiten um Nachsicht wegen gänzlicher Uneinbringlichkeit. — Die Sicherstellung der Steuerrückstände. — Die Verrechnung und Abfuhr, auch Evidenzhaltung der Rückstände. — Die Pfandung der Bezirks-Obrigkeiten für die uneinbringlichen Steuer-Rückständen. — Die Kontrolle der Staatsbehörden. — Periodische Ausweise. — Die Steuerkontroll-Untersuchungen. — Die Kontrolle der Kreisämter. — Das Verfahren gegen die Steuerbezirks-Obrigkeiten und deren Beamte in Fällen einer Verletzung der Amtspflichten. — Die ordnungswidrigen Amtshandlungen und deren Bestrafung. — Die besonders strafbaren Handlungen. — Erfassungspflicht des Gutsherrn. — Die Eintreibung der Erträge. — Die Steuerbemänglung des Kuratlers und der Schullehrer. — Die Gebäudesteuer. — Die allgemeinen Grundsätze über die Besteuerung. — Objekt der Besteuerung. — Befreiung von der Besteuerung. — Das Besitzthum als das Merkmal der Steuerpflicht. — Grundlage der Besteuerung. — Veränderungen im Steuerobjekte. — Durch Abfall, durch Zuwachs eines bereits besteuerten Objektes. — Zeitliche Steuerbefreiung. — Zeitweiser Steuernachlaß. — Die Klassifizirung der Gebäude. — Die Grundsätze der Klassifizirung. — Begriff eines Wohngebäudes. — Begriff der Wohnbestandtheile. — Art der Benugung. — Begriff eines Stockwerkes. — Klassifikations-Tarif. — Das bei der Klassifizirung zu beobachtende Verfahren. — Die Besteuerung des Zinsentrages. — Der Zins als Maßstab der Besteuerung. — Verpflichtung zur Einkommens- und Zinsbescheinigung. — Die Bestrafung der Verheimlichung. — Ausmittlung der Steuer vom Zinsentrage. — Das bei der Besteuerung zu beobachtende Verfahren. — Fassung der Hauseigenthümer und Parteien. — Protokollierung, Revision, Richtlegung der Fassungen. — Verfahren bei Einhebung der Strafe wegen Zinsverheimlichung. — Die Evidenzhaltung der Gebäudesteuer. — Evidenzhaltung der Gebäudezinssteuer. — Evidenzhaltung der Gebäude-Klassensteuer. — Das Verfahren in Bezug auf die Evidenzhaltung. — Rechtzeitige Vorlage der Veränderungsfälle im Objekte. — Aufnahme der Änderungen in das Häuserverzeichnis. — Nachträgliche Berichtigung der vor Einführung des stabilen Katasters sich ergebenden Veränderungen. — Kontrolle. — Verfahren im Falle einer zeitlichen Gebäudesteuerbefreiung. — Die Einhebung, Abfuhr, auch Verrechnung der Gebäudesteuer. — Verfahren im Falle eines Steuernachlasses aus dem Titel einer Elementar-Beschädigung. — Das Verfahren im Falle von Steuer-Rückständen. — Die Erwerbsteuer. — Die der Besteuerung unterliegenden Beschäftigungen. — Die steuerbaren Objekte. — Klasse der Fabrikanten. — Handelsleute. — Künste und Gewerbe. — Erwerbsbeschäftigungen, welche eine Dienstleistung, oder die Ueberlassung einer Sache zu einer zeitlichen Nugenutzung zum Gegenstande haben. — Die von der Erwerbsteuer befreiten Beschäftigungen. — Zeitliche Steuerbefreiungen. — Die besonderen Bestimmungen über die Steuerpflichtigkeit. — Die Steuerpflichtigkeit der Aerial-Industrie-Unternehmungen. — Der Ausländer und Ungarn. — Die Militäristen. — Die Beschäftigung als das Objekt der Besteuerung. — Die Besteuerung gemeinschaftlicher Unternehmungen. — Beginn der Steuerpflicht, und Dauer derselben. Verbindlichkeit der Unternehmer zum Nachweise der Besteuerung. — Ueberwachung der Bezirksobrigkeiten. — Bestrafung des nicht besteuerten Betriebes. — Die Grundsätze der Besteuerung. — Die Klassifikation. — Die Grundsätze über die Anwendung der Klasse. — Die Klassifizirung im Allgemeinen. — Berücksichtigung der Seelenzahl des Betriebsortes. — Die Besteuerung der Klasse. — Allgemeiner Besteuerungs-Grundsatz. — Anwendung der Grundsätze auf einzelne Beschäftigungsrechte. — Klassifizirung mehrerer zugleich ausgeübt werdenden Beschäftigungen. — Die Dauer der ausgesprochenen Steuer in ihrer Höhe. — Die besondere Steuerbehandlung einiger Beschäftigungsrechte: Hausierer, reisende Komödianten, gymnastische Künstler, herumziehende Musikanten, Strazzenfommler und Ausländer. — Das bei der Besteuerung zu beobachtende Verfahren. — Die Kompetenz der Behörden. — Das Einschreiten von Amtswegen zum Behufe der Besteuerung. — Die Erklärung der Steuerpflichtigen (Fasson), und die Verhandlung der Bezirksobrigkeit. — Die Ausfertigung der Steuerscheine und deren Beweiskraft. — Der Steuerschein als ein Beweismittel. — Verfahren im Falle einer Erneuerung des Steuerscheines. — Das Refusrecht. — Das Verfahren in Fällen des Einschreitens um Herabsetzung des Steuerbetrages. — Erlöschen der Steuerpflicht. — Die zeitliche Erwerbsteuerbefreiung. — Das gänzliche Erlöschen der Steuerpflicht. — Das Verfahren im Falle einer Steuerabschreibung. — Evidenzhaltung des Erwerbsteuer-Hauptbuches. — Erwerbsteuer-Schuldigkeitsbuch. — Periodische Veränderungs-Ausweise. — Die Erhebung und Abfuhr der Steuern. — Verfahren im Falle von Steuerrückständen. — Das exekutive Einschreiten. — Das Zugeständniß von Zahlungsfristen. — Die Nachsicht des Steuer-Rückstandes. — Die Abschreibung eines Theiles der Steuer wegen zeitweisen Militärdienstes. — Die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit. — Die Evidenzhaltung der Steuer-Rückstände. — Die ständischen Abgaben (Provinzial-Anlagen). — Ständische Abgaben von Grund- und Hausbesitz. — Der Adminikular- oder Domestikal-Beitrag. — Vorspanns-Landes-Beitrag. — Staats-Eisenbahn-Grundablösungs-Beitrag. — Verfahren bei Einhebung und Abfuhr dieser ständischen Abgaben. — Die ständischen, auf einzelnen Objekten lastenden Abgaben. — Das Mühlplausergeld. — Der Mühlstimpf. — Anhang. Die besonderen (Kreis-Bezirks- und Gemeinde-) Anlagen. Deren Kontrolle.

Die Waldordnung

vom 26. Juni 1767, mit den nachgefolgten noch gültigen Vorschriften, von F. J. Schopf.

Gr. 8., Graz, brosch. 1 fl. 20 kr.

Inhalt.

1. Einteilung der Wälder nach der Landesverfassung.
2. Die Oberaufsicht über die Wälder.
3. Rechte der Eigenthümer der Wälder.
4. Forstpolizeiliche Beschränkungen.
5. Forstpolizeiliche Beschränkungen in dem Bezuge der Nebennutzungen.
6. Beschränkungen der Eigenthümer in den stock- und raumrechtlichen Wäldern.
7. Dienstbarkeitslasten. Das landesherrliche Referat. Das Beholzungsrecht der Unterthanen. Das Weid- und Schweinmastungsrecht.
8. Beschränkung der Musikal-Wirtschaftsbesitzer in der Verfügung mit ihrem Waldeigenthümer.
9. Besondere Begünstigungen der Waldbesitzer und Gewerken zur Hinwegbringung des Holzes.
10. Maßregeln zur Verhütung von Unglücksfällen in Wäldern.
11. Vorschriften, die Verminderung des Holzbrauches betreffend.
12. Bestrafung der Waldfrevel, und das hierbei zu beobachtende Verfahren.

Neuestes Werk von Schopf, betitelt:

Archiv für Civil-Justizpflege, politische und came- ralistische Amtsverwaltung

in den deutschen, böhmischen, galizischen und ungarischen Provinzen
des österreichischen Kaiserstaates,

von F. J. Schopf.

Neue Folge. Erster Band. Graz, 1846. br. 1 fl. 20 fr.

Der Herr Verfasser wird die früher unter demselben Titel herausgegebene Zeitschrift, doch in zwanglosen Hefen fortsetzen. Er wird aus seinem reichen Schatz von Materialien nach und nach die wichtigsten practischen Fälle aller öffentlichen Verwaltungszweige zur Sprache bringen. Das unten folgende Inhaltsverzeichnis liefert Aufschlüsse über interessante Fragen der Gegenwart. Wie schwierig ist nicht die Bestimmung der Gränzlinie des politischen und Rechtsweges, die Feststellung des Begriffes eines Güterunterthanen, und die Frage der Heimathszuständigkeit. Mit einer practischen Umsicht wird das bei Berechnung und Vertheilung der für ein executive veräußertes Reale eingegangenen Kaufschillinge, gelder zu beobachtende Verfahren dargestellt. Die im Jahre 1838 für die österr. Staaten eingeführte Pest-Polizeiordnung hat für Aerzte und politische Beamte großen Werth, so wie die Preussische Gewerbeordnung des Jahres 1845 uns ein interessantes Bild der Gewerbeverfassung dieses Staates liefert.

Inhalt. I. Die Unterscheidungsmerkmale des politischen Weges und Rechtsweges. II. Die Landesverfassungsmässigen Erfordernisse zum Besitze adeliger Güter, auch bürgerlicher Realitäten. III. Ueber den Begriff: Güterunterthan. IV. Einiges über Heimathszuständigkeit. V. Das Verfahren der politischen Behörden in Bausachen. VI. Das bei Vertheilung des Kaufschillinges für ein executive veräußertes Reale zu beobachtende Verfahren. VII. Die Geldstrafe als ein durch die Allg. Ger. Ord. zugelassenes Executionsmittel. VIII. Ist die in einer zur Grundbuchshandlung bestimmten Urkunde enthaltene Verzichtleistung auf die Verständigung von rechtlicher Wirkung. IX. Ueber den Bezug der Taxen in Grundbuchsachen. X. Die gesetzliche Verfassung der Hypotheken- (Verfälsch-) Bücher in Tirol. XI. Beantwortung einiger Fragen aus dem Gebiete der Kriminaljustiz. Mittheilung. 1. Bibliographische Notizen. 2. Die Pestpolizeiordnung in den österr. Staaten. 3. Ungarns letzter Reichstag. 4. Die allgemeine Gewerbeordnung im Königreiche Preußen vom 17. Jänner 1845.

In dieser Buchhandlung sind auch noch einige Exemplare der Zeitschrift selbst, und zwar der Jahrgang 1837 in 2 Bänden um den herabgesetzten Preis von 2 fl. 40 fr., und der Jahrgang 1838 um denselben Betrag zu beziehen.

Die Bezirks-Obrigkeiten in den österreichischen Provinzen, deren Wirkungskreis und Amtshandlungen.

Von F. J. Schopf.

Graz gr. Med. 8. complet in 11 Hefen 11 fl. 6 M.

Ohne die außerordentliche Reichhaltigkeit und Vollständigkeit dieses Werkes ausführlicher auseinander zu setzen, möge hier nur eine gedrängte Angabe der wichtigsten in jedem Bande behandelten Gegenstände folgen. Der Verfasser beginnt in der Einleitung mit der Nachweisung der in den deutsch-österreichischen Erblanden bestehenden höchsten Regierungsgewalten, der verschiedenen Behörden und deren Geschäftsführung, der Verhältnisse der Patrimonialgerichte, Inhaber und Beamten zur Staatsverwaltung, und behandelt ferner die von den Obriheiten bei ihren Amtshandlungen zu beobachtenden Vorschriften, wie z. B. hinsichtlich der Befähigung der Beamten, der Kundmachung der Gesetze u. s. w.

Das es für öffentliche sowohl, als Privatbeamte jeder Kategorie unumgänglich notwendig sei, die Behörden des Landes, in welchem sie ihre Amtshandlungen auszuüben berufen sind, genau zu kennen, und der mit der jeder einzelnen Stelle zugewiesenen Sphäre ihrer Wirksamkeit vollkommen vertraut zu seyn; bedarf wohl keiner Erwähnung.

Um die Anschaffung dieses reichhaltigen Werkes Jedermann zu erleichtern, kann man dasselbe pr. Hef 1 fl. 6 M. mit Vorhineinbezahlung auf das nächste beziehen.

Der steiermärkische Winzer, oder leicht faßliche Anleitung zur Pflanzung und Pflege der Weinreben.

Von Vincenz Schwarzl,

Beneditiner zu Admont, emeritirter Gymnasial-Professor, Mitglied der steiermärkischen Landwirthschafts-Gesellschaft, und Administrator der Stift Admont'schen Weingärten und anderer Realitäten in Radkersburg und Lutzenberg.

Mit 3 lithographirten Tafeln. gr. 8. Graz, 1844. geb. 1 fl. 30 fr.

Inhalt.

1. Abschnitt. Kurze Geschichte des Weinstockes. — Naturgeschichte des Weinstockes, von der Lage. — Von dem Boden überhaupt. — Von dem Boden insbesondere und dessen Verbesserung. — Vom Dünger. — Beschreibung des Weinstockes und Benennung seiner Theile. — Vom Weinholze überhaupt. — Von den besonderen Theilen des Weinstockes. — Von Anlegung eines Weingartens. — Behandlung des Neusages im 1., 2., 3., 4. und 5. Jahre. — Von den Schreben, Sturzreben und Wurzelreben. — Von Anlegung einer Nebenschule. — Vom Nebensage. — Beschreibung einiger für Steiermark vorzüglich passender Rebensorten.

2. Abschnitt. Vom Weinbaue insbesondere. Vom Nebenschneite. — Vom Graben oder Einlegen der Weinstöcke. — Von der 1. und 2. Haue. — Vom Sezen der Weingartenpfähle. — Vom Abjäten oder Verbrechen, und vom Ausbrechen. — Vom Rebenbande. — Von der 3. Haue. — Vom Grasausschlagen. — Abgipfeln und Laubausschneiden. — Von der Weinlese.

1. Anhang. Nachtrag über Bodencultur. — 2. Anhang. Vom Schneiden der Bögen. — 3. Anhang. Von den Beschädigungen des Weinstockes: Von den Beschädigungen durch Witterungs-Unfälle. 1. Vom Froste, 2. vom Hagel, 3. anhaltende heiße und trockene Witterung, anhaltende nasse Witterung. — Von den Beschädigungen des Weinstockes durch Krankheiten: 1. Vom Schwamme oder Grinde, 2. von der Abzehrung, 3. von der Gelbsucht, 4. von der Senge oder dem Beande, 5. von der Altersschwäche. — Von den Feinden des Weinstockes. — Von den Vorzeichen einer guten Weinlese. — Ueber den Gebrauch der Laubaussagen von Eisen. — Berechnung aller für 1 Joch Rebergrund jährlich entfallenden Ausgaben und des Ertrages, nach einem zehnjährigen Durchschnitte. — Schlingbetrachtung über die Weingärten.

Unter der Presse befinden sich zwei neue Werke von F. J. Schopf, betitelt:
Das Stempel- und Targeseß mit den sämtlichen nachgefolgten Vorschriften. — Das gesetzliche Verfahren in Konkursachen.

Die Grund-Obrigkeiten,

deren

Wirksamkeit und Amtshandlungen

von F. J. Schopf.

2 Theile. Graz, brosch. 4 fl. 6 M.

Dieses gelungene Werk des bekannt wissenschaftlich gebildeten Herrn Verfassers faßt alle Gegenstände in sich, welche auf das Verhältniß der Grundherrschaft zu ihren Unterthanen, dienstbaren Realitäten und Insassen Bezug. — Als beste Empfehlung dieses Werkes lassen wir hier die in der Wiener Zeitung Nr. 36 vom 5. Februar 1846 enthaltene überaus lobende Beurtheilung desselben folgen:

„Diese bei Kienreich in Graz kürzlich erschienene Abhandlung ist ein interessanter Beitrag zur Kenntniß der österreichischen Unterthans-Verfassung. dessen lehrreicher Inhalt verdient daher allerdings öffentlich besprochen zu werden, da das Eigenthümliche des Unterthanswesens noch in keinem vorangegangenen Werke so ausführlich, systematisch und practisch dargestellt ist. Der Verfasser, in der österr. Literatur schon rühmlich bekannt, hat ohne mit dem Geschichtlichen der Unterthanschaft zu ermüden, seine Arbeit in zwei Abtheilungen getheilt, wovon die erste die aus dem Unterthans- und Grundbarkeitsverbande hervorgehenden Rechte und Pflichten, und die zweite die aus der landesherrlichen Delegation den Grundherren zukommenden Jurisdictionen erörtert.

Es beruht ferner die erste Abtheilung auf einer Unterscheidung des eigentlichen nexus subdilectus, und des Grundbarkeitsverbandes. Während der erstere nur das persönliche Verhältniß begründet, hat der letztere Realitäten zum Gegenstande. Klar und deutlich wird darin nachgewiesen, wer für einen Unterthan im wahren Sinne zu halten sey, wie die Unterthanschaft begründet und aufgehoben werden könne. Schon die fleißige, in der Erfahrung geschöpfte Darstellung dessen verleiht dem Werke einen ausgezeichneten Werth, besonders da man noch immer über die Eigenschaft eines Unterthans nicht ganz einig ist.

In Folge dieser ganz richtigen Sonderung enthält der Abschnitt über die persönliche Unterthanschaft, die hieraus sich ergebenden Rechte und Pflichten, wie der den Unterthanen zukommende Schutz, so wie das Strafrecht.

So umfaßt auch die Lehre über den Grundbarkeitsverband alles, was auf den Realbestands Bezug hat, wie die Führung der öffentlichen Bücher, die Urbarial-Schuldigkeiten und das Zehentrecht.

In der zweiten Abtheilung, enthaltend die aus der landesherrlichen Delegation den Grund-Obriheiten zukommenden Rechte, ist das Pupillenwesen, die Führung des Waisens- und Depositionsnamens mit vielem Fleiße und einem besonders practischen Ueberblicke erörtert.

Wenn wirklich dieser Arbeit zunächst die Landesverfassung Steiermarks zu Grunde gelegen, so bleibt doch dieselbe auch für die übrigen Provinzen von Werth, da in den einzelnen österreichischen, böhmischen und galizischen Ländern kein wesentlicher Unterschied in den Verhältnissen des Unterthanslebens- und Grundbarkeits-Verbandes besteht.“

Das gesetzliche Verfahren

bei

Verlassenschafts-Abhandlungen auf dem Lande.

Aus den erschienenen Vorschriften practisch dargestellt, und durch Beispiele erläutert von

F. J. Schopf,

Gr. Median 8. brosch. 2. fl. 40 fr. 6 M.

Der durch mehrere sehr geschätzte Werke bereits bekannte Herr Verfasser hat in diesem Werke sämtliche in Verlassenschafts-Gegenständen bestehende Normen mit scharfsichtiger Umsicht zusammengestellt, mit Beispielen erläutert, und was dieses Werk ganz vorzüglich jedem Praktiker sehr willkommen machen dürfte, mit sehr zweckmäßigen Formularien fast über jeden einzelnen Fall versehen.

Man findet in diesem Werke überhaupt bei weitem mehr als der Titel desselben verspricht, denn es beschränkt sich nicht allein auf die Verlassenschafts-Abhandlungen am flachen Lande, sondern es enthält nach einer theorettischen Darstellung und respectiven Einleitung von Verlassenschafts-Erbrecht, Erben etc. zuerst das Abhandlungs-Verfahren bei Collegialgerichten und sodann erst die kürzere und einfachere Methode auf dem Lande.

Jedermann wird sich überzeugen, daß in diesem Gebiete, welches sich der Herr Verfasser zum Gegenstande seiner wissenschaftlichen Darstellung erwählte, bisher kein Werk erschien, das eine so entschiedene practische Tendenz ausspräche, als dieses. — Jede Partei, jedem Richter, — jedem Geschäftsmann, (vorzugsweise den angehenden) kann dieses Werk als ein kostbarer Schatz, als eine reiche Fundgrube theoretischen und practischen Wissens, als eine eben so umsichtige als umfassende Darstellung sämtlicher in dieser Sphäre bestehenden Gesetze bestens empfohlen werden.

Die Todes-Erklärung

und das dießfalls gesetzlich angeordnete

Verfahren.

Practisch dargestellt von F. J. Schopf.

Gr. 8. Graz, 40 fr. 6 M.

In diesem Werke findet man alle möglichen Ereignisse, welche zu einer Todeserklärung die Veranlassung geben können, und die darüber zu pflegenden Verhandlung so klar und deutlich erörtert, daß auch der Nichtjurist die Elemente des Verfahrens aufzufassen vermag, da jeder der drei in dem S. 24 enthaltenen Fälle für sich vom Gesuche angefangen, bis zum Recurse durchgeführt wird.

Die schätzenswerthe Beigabe ist das dargestellte, eben so mit Beispielen erläuterte Verfahren, wenn der Tod eines Menschen durch Zeugen zu beweisen angeboten wird, und auch bei einem Einschreiten bei der Militärbehörde um Todeserklärung.

Die Verlagshandlung kann daher diese Abhandlung als die über den fraglichen Gegenstand erschienene erste, welche jeden Zweifel zu lösen vermag, mit Recht anempfehlen.